

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
03/2015*



P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Liebe FreundInnen!

Am Mittwoch ist der Nationalrat zu einer Sondersitzung zusammengekommen. Thema war ein weiteres Mal die Hypo Alpe Adria. An den immensen Altlasten die uns die verantwortungslose Zocker-Politik von FPÖ und BZÖ eingebrockt haben, werden wir bei uns in Kärnten und auch auf Bundesebene noch lange zu arbeiten haben.

Umso mehr freue ich mich jetzt über das große Vertrauen, dass die KärnterInnen der SPÖ bei den Gemeindewahlen entgegengebracht haben und wie deutlich die Blauen bei uns abgestraft wurden. Das spricht für unsere gute Arbeit, die wir zusammen in den letzten Jahren im Land und in den Städten und Gemeinden geleistet haben.

Ich wünsche allen wieder- und neugewählten BürgermeisterInnen und GemeinderätInnen viel Freude und Erfolg bei ihrer Arbeit. Ihr tut Kärnten gut!

Dass die SPÖ Österreich insgesamt gut tut, beweisen wir grade wieder mit der großen **Steuerreform**. Diese gewaltige Senkung der Lohnsteuer von der ab 2016 besonders die Gering- und Mittelverdienenden in Österreich profitieren werden, würde es ohne unsere Hartnäckigkeit und ohne den Druck, den unsere Fraktion im Parlament aufgebaut hat, nicht geben.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

Thema

Abwicklung der Hypo-Abbaubank HETA

Zum Umgang mit der Situation der HETA hätte es drei alternative Szenarien gegeben, sagte **Bundeskanzler Werner Faymann** in seiner Erklärung während der Sondersitzung: die HETA mit Steuergeld in noch nicht bekannter Höhe auszustatten, eine Insolvenz mit den bekannten Auswirkungen auf die Landeshaftungen Kärntens oder eben auf Basis des seit dem 1. Jänner 2015 geltenden Bankenabwicklungsgesetzes die Bank unter Kuratel der Finanzmarktaufsicht zu stellen und ein Zahlungsmoratorium zu verfügen. "Die Bundesregierung hat sich nach reiflichen Überlegungen für die dritte Option entschieden und steht dazu", so der Bundeskanzler. "Die von der FPÖ in Kärnten eingegangenen Haftungen in der Höhe von 20 Milliarden Euro hätten niemals übernommen werden dürfen", bekräftigte Faymann die aus seiner Sicht wichtigste Schlussfolgerung aus dem Hypo-Debakel.

SPÖ-Finanzsprecher und Fraktionsführer im Hypo Untersuchungsausschuss Jan Krainer hielt bezüglich der Verschuldensfrage fest: "Es waren die verantwortungslose Politik in Kärnten und die Handlungen von Haider, Döbner, Dörfler und Scheuch, die dazu geführt haben. Dort, wo Sie Verantwortung getragen haben, waren Sie so verantwortungslos wie keine andere Partei in der Geschichte der Republik", sagte er in Richtung der Freiheitlichen.

Es war Aufgabe der Bundesregierung, den Schaden für die Bevölkerung möglichst gering zu halten. Mit der Bankenabgabe wurden in diese Richtung bereits wichtige Schritte gesetzt. "Bis heute wurden durch die Bankabgabe bereits mehr als fünf Milliarden Euro eingenommen. Und auch im heurigen und nächsten Jahr wird noch Geld fließen", so Krainer. Das Argument, seit dem Verkauf der Hypo an die BayernLB sei die Bank keine Kärntner Angelegenheit gewesen, ist für Krainer schlicht falsch. "Kärnten hat bewusst an den Haftungen festgehalten. Man hat sich Profite über Haftungsprovisionen erhofft und sich zugleich darauf verlassen, dass der Bund zahlt, falls es finanziell bergab geht."

Mit der Notverstaatlichung wurde der schon entstandene Schaden so gut als möglich im Vorfeld eingeschränkt. Behauptungen, dass die BayernLB profitiert hätte, entgegnet Krainer: "Die 6,1 Milliarden Euro Risiko sind den Bayern geblieben, sie sind lediglich mit einem Euro heimgefahren." 3,5 Milliarden Euro hat die Bank sofort bezahlt, über die übrigen Milliarden werden vor Gericht verhandelt.

Philip Kucher wies darauf hin, dass mit dem Zahlungsstopp ein erster wichtiger Schritt gesetzt und Zeit für die Verhandlungen gewonnen wurde. "Das Damoklesschwert der Haftungen des Bundeslandes Kärnten schwebt aber immer noch über uns", so Kucher. "Für die Landeshaftungen in Kärnten werden wir gemeinsam eine Lösung finden müssen. Eine sofortige Insolvenz, wie es die Freiheitlichen fordern, kann dies nicht sein", sagte Kucher.

Karin Greiner, wie Philip Kucher, Mitglied im Hypo Untersuchungsausschuss, zeigt sich überzeugt, dass die nun gewählte Variante bei der HETA die beste sei. "Was wären die Alternativen gewesen? Entweder weiter Steuergeld in eine marode Bank zu pumpen oder eine Insolvenz mit nicht abschätzbaren Konsequenzen zu riskieren", so Greiner. "Die HETA Abbaubank und die nun gesetzten Schritte bieten die Möglichkeit einer geordneten, zügigen und transparenten Abwicklung im europarechtlichen Rahmen", betonte Greiner.

Max Unterrainer, ebenfalls Mitglied des Untersuchungsausschuss, freut sich auf den Untersuchungsausschuss, um Klarheit zu schaffen und Strukturmaßnahmen zu setzen, damit so etwas nicht mehr geschehen könne. "Wir haben nun die Gläubiger in die Pflicht genommen, um die Menschen zu schützen. Mit dem Moratorium haben wir genügend Zeit für die kommenden Entscheidungen."

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Muttonen: Brauchen mehr Frauen in der Sicherheitspolitik\(06.03.2015\)](#)

[Muttonen/Wurm: EU-Abgeordnete der ÖVP wenden sich gegen Selbstbestimmungsrecht der Frauen\(10.03.2015\)](#)

[Muttonen: Freiheit für Menschenrechtsaktivist Badawi und seinen Anwalt\(10.03.2015\)](#)

[Muttonen: Auch in den USA formiert sich Widerstand gegen Schiedsgerichte in TTIP\(12.03.2015\)](#)

[Muttonen: "Finanztransaktionssteuer auf Schiene bringen"\(17.03.2015\)](#)

Lohnsteuer geht runter! Steuerreform beschlossen!

Die Steuerreform kommt. Ab Jänner 2016 werden die ArbeitnehmerInnen mehr **Netto vom Brutto** haben. Die SPÖ hat diese Entlastung durchgesetzt. Auch auf Druck der Sozialdemokratischen Parlamentsfraktion – [Entschließungsantrag vom Mai 2014](#) – haben wir in den Verhandlungen mit dem Koalitionspartner eine **spürbare Senkung der Lohnsteuer** für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchgesetzt.

Mit **5 Mrd. Euro Entlastung** schaffen wir die größte Steuerreform, die es in Österreich je gegeben hat. Das bedeutet mehr Geld im Börsel, es stärkt den Konsum und schafft Wachstum und Arbeitsplätze.

Vor allem **Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen profitieren**. Aber auch **Bezieherinnen und Bezieher von sehr niedrigen Einkommen oder Pensionen** werden durch eine höhere Gutschrift – Stichwort Negativsteuer – mehr Geld zur Verfügung haben. Und die **Menschen zahlen sich die Entlastung nicht aus der eigenen Brieftasche**. Denn finanziert wird die Reform vor allem durch **Einnahmen aus der Steuerbetrugsbekämpfung, Beiträge von Vermögenden, sinnvolles Sparen** und eine **Ankurbelung der Wirtschaft**.

Weitere Informationen und einen Brutto/Netto-Rechner findet Ihr auf meiner [Webseite](#).

TTIP: US-Juristen warnen vor Schiedsgerichten

Von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und ÖVP-Chef Mitterlehner hat die SPÖ in letzter Zeit ja eher Unverständnis und Kritik geerntet für unser klares Nein zu privaten Schiedsgerichten bei TTIP. Dass die Österreicherinnen und Österreicher das Sonderklagerecht für internationale Investoren ebenso kritisch sehen wie wir, ist bereits bei den öffentlichen Konsultationen deutlich geworden, die die EU-Kommissionen zu diesem Thema durchgeführt hat. Aus Österreich war die zweithöchste Beteiligung an der Konsultation gekommen, die eine 97-prozentige Ablehnung ergab.

Jetzt haben wir aber auch kräftige Unterstützung aus den USA erhalten. 129 Jus-Professoren der renommiertesten US-Rechtsfakultäten haben einen kritischen Brief an die Abgeordneten des Repräsentantenhauses geschrieben. Darin lehnen sie die geplanten privaten Schiedsgerichte ab und warnen davor, dass derartige Einrichtungen die Rechtsstaatlichkeit gefährden und die Souveränität unserer demokratischen Staaten gefährden würden. Den Brief im genauen Wortlaut könnt Ihr [hier](#) einsehen.

Der Nationalrat hat bereits im letzten September auf unsere Initiative einen [parteiübergreifenden Entschließungsantrag](#) (SPÖ, ÖVP, Grüne, NEOS) verabschiedet, in dem wir die Schiedsgerichte ablehnen und unsere Maßstäbe für Freihandelsabkommen festgelegt haben.

Hongkong



Anfang März war ich für einige Tage in Hongkong, um dort unter anderem mit Abgeordneten, Ministern, Vertretern von Wirtschaft, Bildung und Kultur zusammenzukommen. Eingeladen hat mich die Hongkonger Verwaltung, die darum bemüht ist, den internationalen Austausch zu fördern und kulturelle, wirtschaftliche und wissenschaftliche Kontakte zu knüpfen.

Angetan war ich von der großen Effizienz mit der in Hongkong gearbeitet wird und von der auch mein Besuchsprogramm geprägt war. Keine ausschweifenden Einleitungen, sofort auf den Punkt kommend, aber immer mit großer Höflichkeit.

Effizient scheinen die Hongkonger auch bei der Korruptionsbekämpfung zu sein, für die eine unabhängige Korruptionsbehörde verantwortlich ist. Hatte Hongkong noch in den 70er Jahren erheblich mit Korruption zu kämpfen, gilt es heutzutage als einer der saubersten Wirtschaftsstandorte weltweit.

Natürlich habe ich auch über den Zustand der Demokratie in Hongkong gesprochen, das ja eine Sonderverwaltungszone der VR China ist. Hongkong bietet seiner Bevölkerung zwar weit mehr demokratische Rechte, als jede andere Region Chinas, eine vollständige Demokratie ist es allerdings nicht. Den vielen jungen DemonstrantInnen, die auch während meines Besuchs wieder auf den Straßen waren, um friedlich und kreativ mehr Demokratie einzufordern, wurde viel Sympathie entgegengebracht. Allerdings herrschte bei meinen Gesprächspartnern die Skepsis vor, dass sich die chinesische Regierung davon ausreichend beeindruckend lässt, um einer Änderung der Hongkonger Verfassung zuzustimmen. Sie plädierten vielmehr dafür, zunächst die demokratischen Möglichkeiten, die ihnen die Verfassung bietet bestmöglich zu nutzen und umzusetzen und das in der Verfassung zugesicherte Tempo der schrittweisen weiteren Demokratisierung beizubehalten.

Die Kontakte und Kooperationen zwischen Hongkong und Österreich verlaufen relativ gut. Ich habe viele österreichische Unternehmer getroffen, die in und mit Hongkong erfolgreich Geschäfte machen. Aber auch im Bildungs- und Kulturbereich gibt es enge Beziehungen. An einem Tag habe ich beispielsweise eine [berufsbildende Schule / Fachhochschule Hongkongs](#) besucht, die eine Partnerschaft mit einer Salzburger Schule unterhält und an der Ausstellung der Art Basel in Hongkong sind auch [Kärntner Künstler](#) beteiligt.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at